

Eine Woche Warnstreiks

Mehr als 300.000 Industriearbeiter brachte IG Metall bereits auf die Straße. Für einen Durchbruch beim Thema Arbeitszeiten wird noch mehr nötig sein

Von Johannes Supe

Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall, scheint zufrieden zu sein. »340.000 Warnstreikende haben in den vergangenen Tagen eindrucksvoll gezeigt, dass sie sich mit dem mickrigen Angebot und der starren Haltung der Arbeitgeber nicht abfinden wollen«, erklärte er am Freitag in einer Mitteilung, die über den Onlinemessenger Whatsapp auch an Mitglieder und Sympathisanten der Gewerkschaft versendet wurde. Seit Wochenbeginn hat die IG Metall die Belegschaften Hunderter Betriebe in den Ausstand geführt. Auch in der kommenden Woche will die Gewerkschaft zu Ausständen aufrufen. Hintergrund des Arbeitskampfs ist das Ringen um einen neuen Tarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie.

Am Freitag streikten etwa 70.000 Kollegen aus 330 Unternehmen, so die Gewerkschaft. »Der Schwerpunkt der Warnstreiks lag (...) in Bayern. Dort beteiligten sich knapp 25.000 Beschäftigte aus 51 Betrieben an kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen«, heißt es dazu in einer Zusammenfassung auf der Website der IG Metall. Auch Arbeiter in Baden-Württemberg, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, NRW, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beteiligten sich an den Ausständen. Insgesamt also aus 14 Bundesländern.

Die Tarifauseinandersetzung wird von der Gewerkschaft auch deshalb besonders entschlossen geführt, weil sie nicht nur Forderungen zur Höhe des Lohns, sondern auch solche für eine bessere Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Verpflichtungen stellt. Doch gerade in diesem Punkt wollen die Unternehmer jeden Vorstoß der Beschäftigten abwehren. Die Verfügungsmacht über die Arbeitszeiten ist ihnen offenbar wichtiger als eventuell zu zahlende Lohnsteigerungen. Bei einer dritten Verhandlungsrunde am Donnerstag hatte die Kapitalseite verlangt, die Arbeitszeiten bei Bedarf ihrerseits weiter erhöhen zu können.

Konkret verlangt die IG Metall sechs Prozent mehr Lohn bei einer Vertragslaufzeit von einem Jahr. Sie will außerdem die Einführung einer »kurzen Vollzeit« erreichen: Für bis zu zwei Jahren soll es Beschäftigten möglich sein, die Zahl der Wochenstunden auf bis zu 28 zu reduzieren. Danach sollen sie das Recht haben, in Vollzeit zurückzukehren. Gewisse besonders belastete Gruppen, darunter Schichtarbeiter, sollen einen teilweisen Entgeltausgleich erhalten. Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft Gespräche

über die Angleichung der Arbeitszeiten in Ost (bisher 38-Stunden-Woche) und West (35-Stunden-Woche).

In Berlin thematisierten die Kollegen gerade den letzten Punkt. In einer Zusammenfassung der Aktion auf der Website der IG Metall Berlin heißt es etwa: »Die Mauer ist längst weg, doch die Arbeitszeitmauer zwischen Ost- und Westdeutschland steht nach wie vor. Das ist ein Skandal.« Ähnlich hatten sich zuvor die Beschäftigten selbst geäußert. Uwe Lösche, Betriebsratsvorsitzender von General Electric in Pankow, etwa hatte erklärt: »Nicht einmal einen Steinwurf von der ehemaligen Grenze zum Westen müssen Beschäftigte 38 Stunden und damit drei Stunden mehr arbeiten. Das ist fast 30 Jahre nach dem Mauerfall ein Skandal.«

Zu den Berliner Industriearbeitern sprach am Freitag auch der Kovorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger. Er betonte, dass ein Teil der Lohnabhängigen gezwungen sei, immer mehr zu arbeiten, um sich über Wasser zu halten, während für einen anderen Teil nicht genügend Beschäftigung da sei. Die Forderungen der IG Metall seien hingegen ein Schritt in die richtige Richtung. Auch könnten sich die Unternehmen nicht darauf zurückziehen, Entsprechendes nicht bezahlen zu können. »Die Gewinne sind den Löhnen schon die letzten zehn Jahre davongeeilt«, so Riexinger.

<https://www.jungewelt.de/artikel/325367.eine-woche-warnstreiks.html>